

# Vorläufige Aufnahme

Bei der vorläufigen Aufnahme handelt es sich um keine eigentliche ausländerrechtliche Aufenthaltsbewilligung, sondern um eine Ersatzmassnahme im Asylverfahren. Sie wird angeordnet, wenn das Asylgesuch zwar abgelehnt wurde, die Wegweisung aus der Schweiz aber nicht vollzogen werden kann. Das Adjektiv «vorläufig» ist aller-

dings irreführend: rund 90 Prozent aller vorläufig aufgenommenen Personen bleiben dauerhaft in der Schweiz. Ihr Aufenthaltsstatus ist aber mit verschiedenen Einschränkungen verbunden. Die vorliegende FachInfo gibt einen Überblick über die Ausgestaltung der vorläufigen Aufnahme.

## Inhalt

1.	Einleitung .....	2
2.	Vorläufige Aufnahme als Ausländer:in (F-VA) .....	2
3.	Vorläufige Aufnahme als Flüchtling (F-FL) .....	3
4.	Mobilität innerhalb der Schweiz: Wohnort und Kantonswechsel .....	3
5.	Internationale Mobilität .....	4
6.	Familiennachzug .....	4
7.	Integration und Erwerbstätigkeit .....	5
8.	Sozialhilfe .....	6
9.	Härtefallbewilligung (Ausweis B) .....	7
10.	Beendigung der vorläufigen Aufnahme .....	8

## Vorläufige Aufnahme

## 1. Einleitung

Ende 2022 lebten insgesamt 44'779 Personen mit einer vorläufigen Aufnahme in der Schweiz – rund doppelt so viele wie noch Ende 2013. Über 55 Prozent dieser Menschen halten sich bereits seit mehr als sieben Jahren in der Schweiz auf. Diese Tatsache zeigt deutlich die Diskrepanz zwischen der ursprünglichen Konzeption der vorläufigen Aufnahme und der tatsächlichen Situation: Der Status wurde geschaffen, um insbesondere Personen aus Kriegs- und Krisengebieten vorübergehend Schutz gewähren zu können, bis sich die Situation im Herkunftsland wieder stabilisiert hat. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass sich die Situation bei politischen Unruhen und (Bürger-)Kriegen kaum je in wenigen Jahren soweit normalisiert, dass eine Rückkehr problemlos möglich wäre. Gleichzeitig wird eine Rückkehr ins Heimat- oder Herkunftsland mit zunehmender Aufenthaltsdauer immer weniger zumutbar. Diese Umstände führen dazu, dass vorläufig aufgenommene Personen in der Realität oft langjährig mit prekärem Aufenthaltsstatus in der Schweiz anwesend sind.

Im Vergleich zu Personen mit einer Aufenthaltsbewilligung B oder einer Niederlassungsbewilligung C sind vorläufig aufgenommene Personen zahlreichen Einschränkungen unterworfen, die mit der zeitlich beschränkten Anwesenheitsdauer begründet werden. Betroffen sind unter anderem die Mobilität innerhalb der Schweiz und im Ausland sowie der Familiennachzug. In den Bereichen der Erwerbstätigkeit und Integration wurden viele Einschränkungen mittlerweile aufgehoben.

Die bestehenden Einschränkungen betreffen nicht alle vorläufig aufgenommenen Personen gleichermassen. Zwar besitzen alle Personen mit vorläufiger Aufnahme einen Ausweis F, jedoch wird bei ihnen unterschieden zwischen vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Ausländer:innen. Für diese beiden Kategorien gelten teilweise unterschiedliche Bestimmungen. Wo dies der Fall ist, wird explizit darauf hingewiesen, ansonsten beziehen sich die nachfolgenden Ausführungen auf beide Kategorien der vorläufigen Aufnahme.

## 2. Vorläufige Aufnahme als Ausländer:in (F-VA)

Das Asylverfahren der Schweiz ist mehrstufig aufgebaut: Im ersten Schritt prüft das Staatssekretariat für Migration (SEM), ob Gründe vorhanden sind, die zu einer Anerkennung als Flüchtling führen und ob Asyl gewährt werden kann. Ist dies nicht der Fall, leitet es ein Wegweisungsverfahren ein. Dabei wird wiederum geprüft, ob der Vollzug der Wegweisung möglich, zulässig und zumutbar ist. Liegt eines dieser drei Vollzugshindernisse vor, ordnet das SEM eine vorläufige Aufnahme an. Die Grundlage dazu findet sich im Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) in Art. 83 Abs. 1 - 4:

- Der Wegweisungsvollzug gilt als **nicht möglich**, wenn technische Umstände eine Rückkehr verhindern (z.B. geschlossene Flughäfen, fehlende Transportmöglichkeiten, Weigerung des Herkunftsstaates, Personen einreisen zu lassen).
- Die Wegweisung ist **nicht zulässig**, wenn völkerrechtliche Verpflichtungen der Schweiz einer Rückkehr in den Heimatstaat entgegenstehen (z.B. das Verbot einer Rückführung im Falle von drohender Folter oder unmenschlicher Behandlung; Non-Refoulement-Prinzip).
- Der grösste Teil der vorläufigen Aufnahmen wird jedoch verfügt, weil der Vollzug der Wegweisung als **nicht zumutbar** eingestuft wird. Als Gründe nennt das Gesetz etwa Krieg, Bürgerkrieg, Situationen allgemeiner Gewalt oder medizinische Notlagen im Heimat- oder Herkunftsstaat. Bei der Voraussetzung der Unzumutbarkeit stehen folglich humanitäre Überlegungen einer Wegweisung entgegen.

In all diesen Fällen erhalten die Betroffenen eine Aufenthaltsbewilligung F und können mit dem Status «vorläufig aufgenommene:r Ausländer:in» (nachfolgend mit F-VA abgekürzt) in der Schweiz bleiben. Umgangssprachlich wird dabei oft auch von einer «humanitären» Aufnahme gesprochen. Da es sich aber lediglich um eine Ersatzmassnahme aufgrund der nicht vollzogenen Wegweisung handelt, ist die vorläufige Aufnahme mit vielen rechtlichen Einschränkungen verbunden.

## Vorläufige Aufnahme

### 3. Vorläufige Aufnahme als Flüchtling (F-FL)

Im Gegensatz zur vorläufigen Aufnahme aus humanitären Gründen ist es auch möglich, in der Schweiz als Flüchtling vorläufig aufgenommen zu werden und somit ebenfalls eine Aufenthaltsbewilligung F zu erhalten. Als «vorläufig aufgenommene Flüchtlinge» (nachfolgend mit F-FL abgekürzt) oder auch als anerkannte Flüchtlinge ohne Asyl werden Personen bezeichnet, die zwar die Kriterien für eine Anerkennung als Flüchtling nach Art. 3 des Asylgesetzes (AsylG) erfüllen, bei welchen aber Gründe vorliegen, die sie von der Asylgewährung ausschliessen (Art. 53 und Art. 54 AsylG). Bei den Asylausschlussgründen handelt es sich beim überwiegenden Teil um subjektive Nachfluchtgründe gemäss Art. 54 AsylG. Solche können bestehen, wenn die Flüchtlingseigenschaft erst durch die Ausreise und/oder durch das Verhalten nach der Ausreise aus dem Heimat- oder Herkunftsstaat entstanden ist. Beispiele dafür sind exilpolitische Tätigkeiten in der Schweiz, ohne dass eine vorherige politische Betätigung glaubhaft gemacht werden kann, oder wenn im Falle einer Rückkehr wegen der erfolgten Ausreise unmenschliche Behandlung oder Zwangsarbeit drohen würde.

Neben den subjektiven Nachfluchtgründen kann auch die Asylunwürdigkeit zu einem Ausschluss aus der Asylgewährung führen (Art. 53 AsylG). Eine solche liegt vor bei Personen, welche die innere oder äussere Sicherheit der Schweiz gefährden (z.B. Mitglieder einer terroristischen Vereinigung), oder gegen welche eine rechtskräftige Landesverweisung ausgesprochen wurde. Der Asylausschluss wegen Asylunwürdigkeit betrifft allerdings einen verschwindend kleinen Teil der asylsuchenden Personen in der Schweiz.

F-FL unterstehen dem Schutz durch die Genfer Flüchtlingskonvention. Ihre Rechtsstellung ist deshalb in weiten Teilen analog zu derjenigen von anerkannten Flüchtlingen mit Asyl (Aufenthaltsbewilligung B). Spezifische Einschränkungen gelten aber insbesondere beim Familiennachzug.

### 4. Mobilität innerhalb der Schweiz: Wohnort und Kantonswechsel

Vorläufig aufgenommene Personen werden vom SEM nach Abschluss oder teilweise bereits während ihres Asylverfahrens einem Kanton zugewiesen. F-VA können ihren Wohnort innerhalb des zugewiesenen Kantons grundsätzlich frei wählen. Sind sie aber auf Sozialhilfe angewiesen, so kann sie die kantonale Behörde einem Wohnort oder einer Unterkunft zuweisen (Art. 85 Abs. 5 AIG). Im Kanton Bern ist für sozialhilfeabhängige F-VA in der Regel die Unterbringung in Kollektivunterkünften vorgesehen. Erst bei Erreichen der Integrationsziele (u.a. Sprachstand Niveau A1 und Erwerbstätigkeit oder Ausbildung im Umfang von mindestens 60 Prozent) ist eine Ausplatzierung in eine individuelle Unterkunft vorgesehen (Art. 35 Abs. 1 lit. b SAFG i.V.m. Art. 40 SAFV). Ausnahmen sind lediglich bei Kapazitätsengpässen in den Kollektivunterkünften für besonders verletzte Personen oder für Familien mit Kindern möglich (Art. 35 Abs. 2 SAFG).

Wollen F-VA den Wohnkanton wechseln, müssen sie dies beim SEM beantragen. Ein Kantonswechsel ist nur unter streng definierten Voraussetzungen möglich: So wird eine Bewilligung in der Regel nur dann erteilt, wenn ein Anspruch auf Einheit der Familie besteht oder wenn eine schwerwiegende Gefährdung, z.B. aufgrund schwerer Formen häuslicher Gewalt, vorliegt (Art. 85 Abs. 4 AIG und Art. 22 Abs. 2 AsylV 1). Ein Anspruch auf Einheit der Familie besteht insbesondere bei Ehepaaren oder Paaren mit gemeinsamen Kindern, sofern die Vaterschaft anerkannt worden ist und ein gemeinsamer Haushalt geführt wird. Das SEM entscheidet über die Kantonswechselgesuche nach Anhörung beider betroffenen Kantone. Wird aus anderen als den oben genannten Gründen ein Kantonswechsel beantragt, müssen zwingend beide Kantone ihr Einverständnis geben. So berechtigt beispielsweise die Bewilligung einer Erwerbstätigkeit in einem anderen Kanton nicht automatisch zu einem Kantonswechsel. Diese Regelung soll jedoch in absehbarer Zukunft zugunsten einer verbesserten Erwerbsintegration aufgehoben werden: Der Bundesrat hat im August 2020 den Vorschlag für eine entsprechende Änderung des AIG verabschiedet.

Die Einschränkungen der freien Wohnsitzwahl und des Kantonswechsels gelten gemäss Leitentscheid des Bundesverwaltungsgerichts nicht für F-FL (E-2324/2011). Diese geniessen aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention (Art. 26 FK) dieselben Freizügigkeitsrechte, die

## Vorläufige Aufnahme

auch niedergelassenen Ausländer:innen in der Schweiz zustehen. Ein Gesuch um Kantonswechsel von F-FL wird deshalb anhand derselben Kriterien geprüft wie bei Personen mit einer C-Niederlassungsbewilligung. Das SEM kann F-FL demnach einen Kantonswechsel verweigern, wenn Widerrufungsgründe nach Art. 63 AIG vorliegen, bspw. Sozialhilfebezug oder erhebliche oder wiederholte Verstösse gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Art. 37 Abs. 3). Innerhalb des Kantons können F-FL zwar ihren Wohnort grundsätzlich frei wählen, Unterstützung bei der Wohnungssuche erhalten sie aber nur, wenn sie die oben genannten Integrationsziele erfüllen (Art. 35 Abs. 1 lit. b SAFG i.V.m. Art. 40 Abs. 3 SAFV).

## 5. Internationale Mobilität

Was Auslandsreisen anbelangt, so bestehen für vorläufig aufgenommene Personen, insbesondere für F-VA, starke Einschränkungen. Nachfolgend werden nur die wichtigsten Grundsätze dargestellt. Einen detaillierten Überblick über die Reisebeschränkungen von vorläufig aufgenommenen Personen sowie Informationen über die Ausstellung und Gültigkeit von Reisedokumenten bietet die FachInfo Reismöglichkeiten vorläufig aufgenommener Personen:

[www.kkf-oca.ch/fi-reisemoeglichkeiten\\_VA](http://www.kkf-oca.ch/fi-reisemoeglichkeiten_VA)

F-FL haben wie anerkannte Flüchtlinge gemäss der Verordnung über die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische Personen (RDV) Anspruch auf einen Reiseausweis für Flüchtlinge (Art. 3 RDV). Dieses Dokument berechtigt zur Ein- und Ausreise aus der Schweiz. Die Inhaber:innen können visumsfrei in der EU/EFTA reisen. Für Länder ausserhalb der EU/EFTA müssen die Visabestimmungen der betreffenden Staaten eingehalten werden. Ausgenommen sind jedoch Reisen ins Heimat- oder Herkunftsland. Diese sind gemäss Art. 59c Abs. 1 AIG verboten und werden nur ausnahmsweise in begründeten Fällen aus wichtigen humanitären Gründen erlaubt (Art. 9 Abs. 6 RDV i.V.m. Art. 59c Abs. 2 AIG). Missachten F-FL das Verbot, ins Heimat- oder Herkunftsland zu reisen, kann dies zu einer Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft und damit einhergehend zu einer Aufhebung der vorläufigen Aufnahme und zur Wegweisung führen (Art. 63 Abs. 1bis und 2 lit. b AsylG).

Für F-VA ist die internationale Mobilität deutlich eingeschränkter. Sie sind weitgehend den Asylsuchenden gleichgestellt und können nur unter sehr restriktiven Voraussetzungen ins Ausland reisen, z.B. bei schwerer Krankheit oder beim Tod von Familienangehörigen, zu Schul- oder Ausbildungszwecken, zur Erledigung von wichtigen und unaufschiebbaren höchstpersönlichen Angelegenheiten oder zum Zweck der Teilnahme an Sport- oder Kulturveranstaltungen von hoher Bedeutung (Art. 9 RDV). Eine gewisse Lockerung der Reisebeschränkungen erfolgt drei Jahre nach Anordnung der vorläufigen Aufnahme: Ab diesem Zeitpunkt können nach Art. 9 Abs. 4 lit. b RDV auch Reisen aus «anderen Gründen» bewilligt werden. Dabei spielt aber der Grad der Integration und der wirtschaftlichen Selbstständigkeit eine wichtige Rolle.

Reist eine Person mit F-VA ohne Rückreisevisum nach Art. 7 RDV oder ohne einen Pass für Ausländer:innen nach Art. 4 RDV in ihren Heimat- oder Herkunftsstaat, gilt dies gemäss Art. 26a lit. d der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen (VWVAL) als definitive Ausreise, sofern die Person nicht beweisen kann, dass sie die Schweiz nicht definitiv verlassen wollte. Bei einer definitiven Ausreise sowie bei einem unbewilligten Auslandsaufenthalt von mehr als zwei Monaten erlischt die vorläufige Aufnahme (Art. 84 Abs. 4 AIG).

## 6. Familiennachzug

Vorläufig aufgenommene Personen haben die Möglichkeit, unter gewissen Voraussetzungen ihre Familienangehörigen in die Schweiz nachzuziehen (Art. 85 Abs. 7 AIG). Als Familienangehörige gelten Ehepartner:innen sowie ledige Kinder unter 18 Jahren. Eingetragene Partnerschaften sind verheirateten Paaren gleichgestellt. Im Gegensatz zu anerkannten Flüchtlingen mit Asyl gilt aber nach Gesetz für alle vorläufig aufgenommenen Personen eine dreijährige Wartefrist. Gemäss neuer Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts gilt diese Wartefrist aber nicht mehr strikt: Das SEM muss Gesuche bereits nach einhalb Jahren seit der Anordnung der vorläufigen Aufnahme prüfen. Dabei muss es beurteilen, ob es mit Blick auf das Recht auf die Achtung des Familienlebens notwendig ist, bereits vor Ablauf der drei Jahre eine Bewilligung zu erteilen. In dieser Konstellation ist es wichtig, sich juristisch beraten zu lassen. Neben dieser Wartefrist müssen die Gesuchstellenden die Nachzugs-

## Vorläufige Aufnahme

fristen nach Art. 47 AIG beachten. Das bedeutet, dass Ehepartner:innen sowie minderjährige Kinder unter zwölf Jahren innerhalb von fünf Jahren und Kinder über zwölf Jahren innerhalb eines Jahres nach Ablauf der dreijährigen Wartefrist nachgezogen werden müssen.

Damit das SEM ein Gesuch um Familiennachzug bewilligt, müssen kumulativ folgende Voraussetzungen erfüllt sein (Art. 85 Abs. 7 AIG):

- Wille zum gemeinsamen Wohnen
- Vorhandensein einer bedarfsgerechten Wohnung (Faustregel: Anzahl Familienmitglieder minus 1 = Anzahl Zimmer)
- finanzielle Selbstständigkeit
- Verständigungsmöglichkeit in der am Wohnort gesprochenen Landessprache oder Anmeldung zu einem entsprechenden Sprachkurs
- kein Bezug von Ergänzungsleistungen

Dabei stellt das Kriterium der finanziellen Selbstständigkeit oft einen Knackpunkt dar. Anhand einer Budgetberechnung gemäss den geltenden Sozialhilferichtlinien muss nachgewiesen werden, dass die Familie auch nach dem erfolgten Nachzug nicht auf Sozialhilfe angewiesen sein wird. Heisst das SEM einen Nachzug gut, werden die Familienangehörigen in der Regel in die vorläufige Aufnahme miteinbezogen.

F-FL haben unter Umständen die Möglichkeit, anstelle eines ausländerrechtlichen Familiennachzuges ein Gesuch um Familienasyl und Einbezug in die Flüchtlingseigenschaft nach Art. 51 des Asylgesetzes zu stellen. Dies ist in der Regel aber nur möglich, wenn sich die Familienmitglieder (Ehepartner:in oder ledige Kinder) bereits in der Schweiz befinden. In Einzelfällen ist auch eine Familienzusammenführung mit Berufung auf übergeordnetes Recht, insbesondere Art. 8 der europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), möglich, da das Bundesverwaltungsgericht F-FL ein faktisches Anwesenheitsrecht in der Schweiz zuerkennt. Während das ausländerrechtliche Gesuch um Familiennachzug beim kantonalen Migrationsdienst eingereicht werden muss, ist ein Gesuch um Familienasyl an das SEM zu richten.

Weitere Informationen zum Familiennachzug sind zu finden in der FachInfo Familienzusammenführung [www.kkf-oca.ch/fi-familienzusammenfuehrung](http://www.kkf-oca.ch/fi-familienzusammenfuehrung) sowie auf der Webseite der Fachstelle Familiennachzug des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK) [www.redcross.ch/de/unser-angebot/unterstuetzung-in-notsituationen/familiennachzug](http://www.redcross.ch/de/unser-angebot/unterstuetzung-in-notsituationen/familiennachzug).

## 7. Integration und Erwerbstätigkeit

Während zu Beginn der Schaffung des Status «vorläufige Aufnahme» die Integration der betroffenen Personen grundsätzlich nicht erwünscht war, fand 2008 die Realität der langen Aufenthaltsdauer auch in der Gesetzgebung Eingang. Im totalrevidierten Ausländergesetz wurde 2008 erstmals das Ziel der Integration für vorläufig aufgenommene Personen festgesetzt und wurden die Rahmenbedingungen für eine Erwerbsintegration massiv verbessert. Heute sind vorläufig aufgenommene Personen den anerkannten Flüchtlingen bezüglich des Zugangs zu Integrationsangeboten und zum Arbeitsmarkt gleichgestellt und zählen zum inländischen Arbeitskräftepotential. Vorläufig aufgenommene Personen haben also unabhängig der Lage auf dem Arbeitsmarkt die Möglichkeit, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Es müssen weder Branchenbeschränkungen noch der Inländer:innenvorrang beachtet werden.

Seit 2019 genügt zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit eine einfache Meldung. Einzige Bedingung: die orts-, berufs- und branchenüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen müssen eingehalten werden. Auch eine ausserkantonale Erwerbstätigkeit ist im Rahmen der Meldepflicht problemlos möglich. Für die Meldung entstehen keine zusätzlichen Kosten.

Die Erwerbstätigkeit kann über den Online-Schalter [EasyGov](http://EasyGov) oder mittels Meldeformular dem kantonalen Migrationsdienst gemeldet werden.

Befindet sich der/die Arbeitgeber:in im Kanton Bern, so muss das Meldeformular geschickt werden an: [meldeverfahren.midi@be.ch](mailto:meldeverfahren.midi@be.ch).

Das SEM stellt eine Liste mit den zuständigen Stellen in der gesamten Schweiz zur Verfügung: [www.sem.admin.ch](http://www.sem.admin.ch) > Einreise, Aufenthalt & Arbeit > Arbeit > Erwerbstätige aus dem Asylbereich

Wird eine reguläre Erwerbstätigkeit aufgenommen, gelten dieselben arbeitsrechtlichen Bestimmungen wie für Schweizer:innen. Spezifische Regelungen existieren teilweise bei der Vorbereitung auf den Arbeitsmarkteintritt, insbesondere bei Praktika und Schnuppereinsätzen. Auch in der Besteuerung gibt es Unterschiede: Vorläufig aufgenommene Personen unterliegen der Quellensteuerpflicht. Die Quellensteuer muss durch die Arbeitgebenden vom Lohn abgezogen und dem Kanton gutgeschrieben werden. Ausführliche Informationen dazu sind in der FachInfo zur Quellensteuer zu finden: [www.kkf-oca.ch/fi-quellensteuer](http://www.kkf-oca.ch/fi-quellensteuer)

## Vorläufige Aufnahme

Trotz Arbeitserlaubnis bleiben für vorläufig aufgenommene Personen bei der Integration in den Arbeitsmarkt gewichtige Nachteile bestehen, unter anderem aufgrund der irreführenden Bezeichnung «vorläufig». Viele Arbeitgebende wissen nach wie vor nicht, dass vorläufig aufgenommene Personen arbeiten dürfen und in der Regel langfristig in der Schweiz bleiben. Sie befürchten eine plötzliche Aufhebung der vorläufigen Aufnahme und den unvermittelten Weggang ihres Arbeitnehmers bzw. ihrer Arbeitnehmerin. Dies kann den Bewerbungsprozess zusätzlich erschweren. Das Beilegen von entsprechenden Fachinformationen oder Kontaktmöglichkeiten im Bewerbungsdossier kann diesem Umstand entgegenwirken.

Auf der Website des Kantons Bern sind weitere Informationen sowie Formulare zum Stellenantritt zu finden: [www.asyl.sites.be.ch](http://www.asyl.sites.be.ch) > Arbeit > Stellenantritt mit Ausweis F und Ausweis B

## 8. Sozialhilfe

Bei der Höhe der Sozialhilfe gilt es zwischen F-FL und F-VA zu unterscheiden. Flüchtlinge werden aufgrund ihres Flüchtlingsstatus nach denselben Ansätzen unterstützt wie Schweizer Sozialhilfebeziehende. So erhält eine Einzelperson im Kanton Bern monatlich CHF 1006.- (ab 1.1.2024) zur Deckung des Lebensunterhaltes. Solange F-FL in einer Kollektivunterkunft leben, reduziert sich der Ansatz auf monatlich CHF 599.- (ab 1.1.2024), da verschiedene Auslagen, wie beispielsweise Kosten für die Haushaltsführung, in der Kollektivunterkunft wegfallen.

Die Sozialhilfe für F-VA liegt demgegenüber um einiges tiefer (vgl. Art. 82 Abs. 3 AsylG und Art. 86 Abs. 1 AIG) und wird Asylsozialhilfe genannt. Im Kanton Bern werden F-VA finanziell grundsätzlich gleich unterstützt wie Asylsuchende im laufenden Verfahren. Solange sich F-VA in einer Kollektivunterkunft befinden, beträgt der Ansatz im Kanton Bern für eine Einzelperson monatlich CHF 393.- (ab 1.1.2024). In einer individuellen Unterkunft stehen einer Einzelperson monatlich CHF 717.- zu (ab 1.1.2024). Der Wechsel von einer Kollektivunterkunft in eine individuelle Unterkunft ist dabei grundsätzlich an das Erreichen bestimmter Integrationsziele gekoppelt (vgl. Kapitel 3 und FachInfo Unterbringung im Asylbereich: [www.kkf-oca.ch/fi-unterbringung](http://www.kkf-oca.ch/fi-unterbringung)).

Die sozialhilferechtliche Zuständigkeit liegt im Kanton Bern für alle vorläufig aufgenommenen Personen während der ersten sieben Jahre nach Einreise bei den regionalen Partnern. Während dieser Zeit erstattet der Bund den Kantonen die Sozialhilfeaufwendungen zurück und es werden spezifische Massnahmen zur gezielten Förderung der Integration finanziert. Nach Ablauf von sieben Jahren werden vorläufig aufgenommene Personen, die weiterhin auf (Asyl-)Sozialhilfe angewiesen sind, an die kommunalen Sozialdienste übertragen. Die Übertragung von F-VA kann jedoch verweigert werden, wenn die Betroffenen aufgrund von Selbstverschulden nach wie vor «offensichtlich nicht integriert» sind (Art. 3 ff. SAFV).

Der tiefere Grundbedarf für den Lebensunterhalt von CHF 717.- (ab 1.1.2024) für eine Einzelperson in individueller Unterkunft gilt im Kanton Bern seit Juli 2020 auch für F-VA, die bereits seit mehr als sieben Jahren in der Schweiz sind und durch den kommunalen Sozialdienst unterstützt werden (VA7+). Aufgrund mehrerer Beschwerden an das bernische Verwaltungsgericht musste die Sozialhilfeverordnung des Kantons Bern per 1.1.2023 erneut angepasst werden. Seitdem beträgt der monatliche Grundbedarf für F-VA ab dem elften Jahr seit Erteilung der vorläufigen Aufnahme CHF 830.- für eine Einzelperson (Art. 8 Abs. 4a Sozialhilfeverordnung (SHV)). Dieser Ansatz wird per Januar 2024 auf CHF 855.- angehoben. Für junge Erwachsene F-VA (18 – 25 Jahre) gelten andere Ansätze (siehe Art. 8 Abs. 4b SHV).

Die (Asyl-)Sozialhilfe ist immer degressiv abgestuft nach Anzahl Personen in der Unterstützungseinheit. Der effektiv ausbezahlte Betrag ist zudem von weiteren Faktoren abhängig, da einerseits sämtliche Leistungen Dritter Vorrang haben (Grundsatz der Subsidiarität) und andererseits Sozialdienste oft mit finanziellen Anreizen und Sanktionen arbeiten. Mehr Informationen zur Asylsozialhilfe sind in den folgenden FachInfos der KKF zu finden:

Subsidiarität: [www.kkf-oca.ch/fi-subsidiaritaet](http://www.kkf-oca.ch/fi-subsidiaritaet)  
Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich:  
[www.kkf-oca.ch/fi-asylsozialhilfe](http://www.kkf-oca.ch/fi-asylsozialhilfe)  
Unterbringung im Asylbereich:  
[www.kkf-oca.ch/fi-unterbringung](http://www.kkf-oca.ch/fi-unterbringung)

## Vorläufige Aufnahme

## 9. Härtefallbewilligung (Ausweis B)

Nach fünf Jahren Aufenthalt in der Schweiz besteht für vorläufig aufgenommene Personen die Möglichkeit, ein sogenanntes Härtefallgesuch einzureichen, um eine Aufenthaltsbewilligung B zu erhalten (Art. 84 Abs. 5 AIG). Gesuche werden zweistufig geprüft und müssen an die zuständige kantonale Behörde gerichtet werden – im Kanton Bern sind dies der kantonale Migrationsdienst bzw. bei Wohnsitz in den Städten Bern, Thun oder Biel die jeweilige Fremdenpolizei. Heisst die kantonale bzw. städtische Behörde ein Gesuch gut, leitet sie es zur definitiven Zustimmung an das SEM weiter.

Die Kriterien für eine Umwandlung sind im Ausländer- und Integrationsgesetz (Art. 84 Abs. 5 i.V.m. Art. 58a AIG) sowie in der dazugehörigen Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (Art. 31 VZAE) festgehalten. Die zu berücksichtigenden Aspekte sind eher allgemein gehalten, was den zuständigen Behörden einen grossen Ermessensspielraum eröffnet, der je nach Kanton unterschiedlich ausgeübt wird:

- Mindestaufenthalt von fünf Jahren
- Berufliche Integration, insbesondere Teilnahme am Wirtschaftsleben oder am Erwerb von Bildung
- Genügend Sprachkompetenzen
- Beachtung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
- Respektierung der Werte der Bundesverfassung
- Familiäre Verhältnisse und soziale Integration
- Möglichkeit der Wiedereingliederung im Herkunftsland: Gegenüberstellung der Gesamtsituation einer Person im Falle einer Rückkehr ins Herkunftsland (z.B. Verwandte, wirtschaftliche Situation im Land) und ihrer aktuellen Situation in der Schweiz.

In der Praxis müssen die Kriterien in geeigneter Weise nachgewiesen werden. So wird beispielsweise der Nachweis über die berufliche Integration in der Regel durch eine Bestätigung der Sozialhilfeunabhängigkeit erbracht. Dabei gilt grundsätzlich, dass seit einem Jahr oder länger keine Leistungen der Sozialhilfe mehr bezogen worden sind. Ausnahmen gelten für Personen, die sich in Ausbildung befinden. Da F-VA im Kanton Bern keinen Anspruch auf Stipendien haben, werden sie oftmals ergänzend zu ihrem Ausbildungslohn mit Asylsozialhilfe unterstützt. Sie können im Verlauf ihrer Ausbildung ein Härtefallgesuch stellen, welches von den Migrationsdiensten, trotz Asylsozialhilfeabhängigkeit, geprüft wird. Zu den weiteren Unterlagen, die einem Härtefallgesuch beigelegt werden sollten,

gehören Nachweise von Ausbildungen, Sprachdiplome, Betreibungsregisterauszug, Strafregisterauszug sowie Referenzschreiben zur Bestätigung der sprachlichen, beruflichen und sozialen Integration. Zudem müssen die gesuchstellenden Personen ihre Identität offenlegen (Art. 31 Abs. 2 VZAE). Für ein Härtefallgesuch wird verlangt, dass ein gültiger heimatlicher Pass vorgelegt wird. Dies ist je nach Herkunftsstaat mit erheblichen Herausforderungen verbunden. In solchen Fällen müssen die Bemühungen der Person, einen Pass zu erhalten oder die faktische Unmöglichkeit gut belegt werden.

Weiterführende Informationen zu Passbeschaffung sind im FachInfo Reismöglichkeiten vorläufig aufgenommener Personen zu finden:

[www.kkf-oca.ch/fi-reisemoeglichkeiten\\_VA](http://www.kkf-oca.ch/fi-reisemoeglichkeiten_VA)

Wie weiter oben aufgezeigt, sind vorläufig aufgenommene Personen in gewissen Lebensbereichen massiven Beschränkungen unterworfen, die sich auch nachteilig auf ihre Integration auswirken können. Da die Erteilung einer Härtefallbewilligung aber explizit an eine erfolgreiche Integration gekoppelt ist, ergibt sich für viele Betroffene ein «Integrationsparadoxon».

Ausführliche Informationen zu den Voraussetzungen für die Erteilung einer Härtefallbewilligung sind in der FachInfo Härtefallregelung zu finden:  
[www.kkf-oca.ch/fi-haertefallregelung](http://www.kkf-oca.ch/fi-haertefallregelung)

**Vorläufige Aufnahme**

## 10. Beendigung der vorläufigen Aufnahme

Wie zu Beginn aufgezeigt, handelt es sich bei der vorläufigen Aufnahme nicht um eine reguläre Aufenthaltsbewilligung, sondern um eine Ersatzmassnahme, wenn eine Wegweisung nicht vollzogen werden kann. Vorläufig aufgenommene Personen erhalten einen Ausweis F, der längstens zwölf Monate gültig ist und jährlich verlängert werden muss. Die verfügte Wegweisung wird mit Anordnung der vorläufigen Aufnahme nicht aufgehoben, sondern nur auf unbestimmte Zeit ausgesetzt.

Das SEM überprüft in der Regel jährlich bei der Erneuerung des Ausweises, ob die Voraussetzungen für die Anordnung der vorläufigen Aufnahme noch gegeben sind. Ist dies nicht der Fall, kann die vorläufige Aufnahme aufgehoben bzw. nicht mehr verlängert und der Vollzug der ursprünglich verfügten Wegweisung angeordnet werden. In der Vergangenheit wurden flächendeckendere Überprüfungen durchgeführt, beispielsweise nach der Anerkennung des Kosovos als eigenständiger Staat (2008), nach der Beendigung des Bürgerkrieges in Sri Lanka (2009) und nach der vermeintlichen Verbesserung der Menschenrechtsslage in Eritrea (2019).

Die vorläufige Aufnahme kann zudem auch bei einer Verurteilung zu einer längerfristigen Freiheitsstrafe entzogen werden oder wenn die betroffene Person als Gefährdung für die innere oder äussere Sicherheit der Schweiz eingestuft wird.

Verfügen die Behörden eine Aufhebung der vorläufigen Aufnahme, haben die Betroffenen in jedem Fall die Möglichkeit, den Entscheid anzufechten, um gerichtlich überprüfen zu lassen, ob die verfügte Wegweisung in der individuellen Situation durchführbar, zulässig und zumutbar ist.

Im Gegensatz zur Beendigung der vorläufigen Aufnahme, die durch die Behörden aktiv verfügt werden muss, gibt es auch Situationen, in welchen eine vorläufige Aufnahme automatisch erlischt. Dies ist gemäss Art. 84 Abs. 4 AIG der Fall, wenn eine Person definitiv aus der Schweiz ausreist oder sich länger als zwei Monate unbewilligt im Ausland aufhält. Auch bei einer rechtskräftigen Landesverweisung oder bei Erhalt einer Aufenthaltsbewilligung (Ausweis B) erlischt die vorläufige Aufnahme automatisch.

Es kann vorkommen, dass sich Personen mit einer vorläufigen Aufnahme entschliessen, freiwillig in ihr Heimatland zurückzukehren. Dabei kann eine gewisse Perspektivlosigkeit, die auf die Unsicherheit des Aufenthaltsstatus sowie auf beschränkte Integrationsmöglichkeiten zurückzuführen sind, eine Rolle spielen. Personen, die sich über die Unterstützungsmöglichkeiten und Modalitäten einer selbstständigen Rückkehr informieren wollen, können das Angebot der Rückkehrberatung der KKF in Anspruch nehmen.

KKF – Rückkehrberatung  
Effingerstrasse 55, 3008 Bern  
031 385 18 18, [rkb@kkf-oca.ch](mailto:rkb@kkf-oca.ch)  
[www.kkf-oca.ch/angebote-rueckkehrberatung](http://www.kkf-oca.ch/angebote-rueckkehrberatung)

**Kirchliche Kontaktstelle  
für Flüchtlingsfragen KKF**

Effingerstrasse 55  
3008 Bern

Tel. 031 385 18 14

[info@kkf-oca.ch](mailto:info@kkf-oca.ch)  
[www.kkf-oca.ch](http://www.kkf-oca.ch)